

Europa mitgestalten: Für mehr und eine bessere, soziale EU



Hintergrundpapier Fachkommission für Aussenpolitik der SP Schweiz
verabschiedet am 29. Februar 2016

Dieses Hintergrundpapier geht auf die Frage ein, was die EU eigentlich ist und wohin sie sich aus sozialdemokratischer Sicht entwickeln sollte. Zur Frage, wie die vertraglichen Beziehungen der Schweiz zur EU ausgestaltet werden sollen (Art. 121a Bundesverfassung, institutionelle Frage, begleitende innere Reformen, Beitrittsperspektive usw.) wird sich die Subkommission in weiteren, gesonderten Stellungnahmen äussern.

Inhaltsverzeichnis

Globale Herausforderungen erfordern eine internationale Antwort.....	1
Die politische Dynamik der europäischen Integration.....	1
Was hat die EU erreicht – was steht auf dem Spiel.....	2
Die EU ist in zentralen Gebieten unvollendet, was sie gefährdet.....	4
Die EU ist auf manchen Gebieten fortschrittlicher als die Schweiz.....	6
Die EU mitgestalten – ein Thema für die SP Schweiz?	7
Eine gesamteuropäische Identität weiterentwickeln – die SP Europa mit gemeinsamen Kampagnen für ein soziales Europa stärken	8

Globale Herausforderungen erfordern eine internationale Antwort

Globale Ziele, wie sie die UNO in ihrer Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung formuliert, können nur durch ein kohärentes Wechselspiel multilateraler, nationaler, regionaler und lokaler Massnahmen umgesetzt werden. Es braucht starke Player auf globaler Ebene, handlungsfähige Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

In der breiten Öffentlichkeit besteht Verwirrung, wer für die Krisen in einzelnen Regionen Europas – regional hohe Arbeitslosigkeit, namentlich Jugendarbeitslosigkeit, Schulden einzelner Länder, Solidaritätskrise in der Flüchtlingsfrage, Gewaltexzesse an den Rändern Europas – verantwortlich ist, und was die EU zu deren Lösung beitragen kann und soll: die betroffenen Staaten gemäss Subsidiaritätsprinzip? Oder doch die EU? Umso wichtiger ist es, sich darüber zu verständigen, was die EU eigentlich ist und wohin sie sich entwickeln sollte.

Die politische Dynamik der europäischen Integration

Die europäische Integration hat schon viele Krisen durchlebt. Nicht zum ersten Mal wird ihr möglicher Zerfall vorausgesagt. Tatsächlich hat jede Krise bisher die Integration verstärkt.

Die EU ist ein zutiefst politisches Projekt. Sie spiegelt in ihrer ganzen Geschichte die jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Es gibt Phasen, in denen die europäische Integration durch konservative Kräfte geprägt wurde. In anderen Phasen übten progressive Initiativen einen entscheidenden Einfluss auf die Weiterentwicklung der EU aus.

Unter dem Sozialisten Jacques Delors, der von 1985 bis 1995 Kommissionspräsident war, gab es in der EU eine soziale Dynamik, eine Nivellierung nach oben, unterstützt vom Europäischen Rat, in dem sozialdemokratisch regierte Mitgliedstaaten die Mehrheit hatten. Das änderte sich in der Periode des Konservativen José Barroso, Kommissionspräsident von 2004 bis 2014, gründlich. Die neoliberale Dynamik in einigen Mitgliedstaaten, welche die Löhne drücken und öffentliche Dienste abbauen, färbte naturgemäss auf die EU als Ganze ab.

Heute gibt es leise Anzeichen einer Korrektur. Claude Juncker, Kommissionspräsident, Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlamentes, und Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, sagen alle drei eigentlich dasselbe: Die Kluft zwischen EU und der Bevölkerung wird grösser, was das Projekt der europäischen Integration insgesamt gefährden kann. Es muss deshalb wieder näher zu den Menschen gebracht werden.

Was hat die EU erreicht – was steht auf dem Spiel

Bei den aktuellen Debatten um Flüchtlinge, Krise der Mittelmeerländer und Verweigerungen einiger osteuropäischer Regierungen geht oft vergessen, was die EU ausmacht. Allzu schnell wird die EU eindimensional auf ein einziges Merkmal – oft ein negatives – reduziert. Auf der Strecke bleibt so der Blick auf die Errungenschaften und Leistungen der real existierenden EU, die **ein vielschichtiges, mehrdimensionales Gebilde** ist:

WERTE-, RECHTS- und SICHERHEITS-Gemeinschaft: Die EU bildet eine Wertegemeinschaft, die bereits im Kalten Krieg den kommunistischen Diktaturen im Osten Europas nachhaltig einen bis heute weltweit einzigartigen Raum der Freiheit, der Demokratie, des Rechts und der Sicherheit entgegensetzte. Seit dem Lissabonner Vertrag bildet die Charta der Grundrechte einen integralen Teil des EU-Primärrechts. Sie orientiert sich an der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Europäischen Sozialcharta, Menschenrechtsdokumenten der UNO sowie den mitgliedstaatlichen Verfassungen. Für die Durchsetzung sorgen der Europäische Gerichtshof in Luxemburg und – gewissermassen als Unionsrichter – sämtliche nationalen Richter. Dank Schengen ist der europaweite Freiheits- und Rechtsraum mit der Reisefreiheit und Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb Europas für alle hautnah erlebbar. An die Stelle von Grenzwachern an den Binnengrenzen trat erfolgreich die europaweite justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit. Die EU belegt so bezüglich Lebensqualität weltweit einen Spitzenplatz mit anhaltend hoher zivilisatorischer Strahl- und Anziehungskraft. All diese Errungenschaften stehen heute aufgrund der Flüchtlingsfrage unter starkem Druck.

STAATEN-Gemeinschaft: Die EU besitzt mit dem Rat, der Kommission, dem Parlament und dem Gerichtshof über starke gemeinsame Institutionen. Die EU ist damit weit mehr als ein zwischenstaatliches Bündnissystem. In zahlreichen Gebieten funktioniert die EU heute wie ein demokratischer Bundesstaat mit einem Zweikammersystem, in dem der Rat und das direkt gewählte Parlament bei Einigkeit per Mehrheitsentscheid gemeinsam verbindliches Recht schaffen. Dennoch ist die häufige Wahrnehmung der EU als europaweit politisch verantwortlicher Bundesstaat falsch. Die EU ist für weit weniger verantwortlich, als ihr zugeschrieben wird, weil sie gerade auf den politisch am meisten umstrittenen Gebieten oft keine oder nur sehr beschränkte Zuständigkeiten besitzt (siehe dazu nächster Abschnitt). Die EU-Zuständigkeiten sind im Primärrecht (heute: Lissabonner Vertrag) geregelt. Diesen Vertrag abzuändern ist politisch äusserst schwierig. Eine Revision erfordert die Zustimmung aller Mitgliedstaaten. Diese entscheiden nach innerstaatlichen Verfahren. Nationale Gesichtspunkte erhalten dabei oft Vorrang vor europäischen Überlegungen.

FRIEDENSWERK Europa: Die europäische Integration zog höchst erfolgreich die richtigen Schlussfolgerungen aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Die EU ist ein Friedenswerk, das nach dem Zweiten Weltkrieg wirksame Institutionen für Zusammenarbeit, die Menschenrechte und friedliche Konfliktlösung aufbaute. Sie sorgten innerhalb der EU für die längste Friedensperiode in Europa seit Jahrhunderten und ermöglichten die gewaltfreie Transformation und Integration der ehemals kommunistisch regierten Ostländer. Zwar zeigten die jugoslawischen Zerfallskriege und die Gewalt in ehemaligen Sowjetrepubliken den begrenzten Einfluss in der EU-Nachbarschaft. Auch auf dem Westbalkan und in der Ukraine ist die Attraktivität einer EU-Annäherung indes weiterhin ein Hebel für Frieden und Rechtsstaatlichkeit – bis zum Zögern einiger EU-Mitgliedstaaten lange Zeit auch in der Türkei.

MARKT-Gemeinschaft: Die EU bildet den grössten Binnenmarkt der Welt, gefolgt von jenem in den USA, China, Indien und Japan. Er beruht auf europaweit direkt anwendbaren und wechselseitig anerkannten Regeln und geht weit über Freihandelsregeln und WTO-Recht hinaus. Sie ermöglichen den weitestgehend freien Fluss von Waren, Kapitalien und Dienstleistungen und die einzigartige Freiheit aller Arbeitnehmenden, irgendwo in Europa einer Erwerbsarbeit nachzugehen und sich zu diesem Zweck niederzulassen. Die vielfältigen individuellen Freiheitsrechte der EU- und EFTA-BürgerInnen sind aufs engste mit der europaweiten Durchsetzung der Vertragsfreiheit, der Eigentumsgarantie und der Rechtssicherheit als Grundlagen des Binnenmarktes verknüpft. Der Binnenmarkt hat Europa zu enormen Wohlstandsgewinnen verholfen. Ungelöst ist die Frage, wie der Ungleichverteilung von Löhnen und Vermögen entgegengewirkt und den Liberalisierungen wirksame kollektive Schutzmassnahmen gegen Lohndumping und Prekarisierung gegenübergestellt werden können.

AUSSENWIRTSCHAFTS-Union: In Weiterentwicklung der seit den 1950er Jahren aufgebauten Zollunion besitzt die EU die alleinige Zuständigkeit zur Gestaltung der Aussenwirtschaft. Seit dem Lissabonner Vertrag sind auch Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen Sache der Gemeinschaft. Ebenso verstärkte der Lissabonner Vertrag das rechtliche Erfordernis, dass Aussenwirtschaftsabkommen zur sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit sowie dem Schutz der Menschenrechte beitragen müssen. Die Umsetzung ist aber vielfach zu wenig konsequent. Lackmustest wird das TTIP-Abkommen der EU mit den USA werden. Die SP Europa setzt sich namentlich für hohe Standards im Service public und zum Schutz von Arbeit und Umwelt ein und fordert mehr Transparenz im Verhandlungsprozess und dem geplanten Streitschlichtungsverfahren. Die EU hat Schritte in diese Richtung angekündigt. Was am Ende im Abkommen stehen wird, ist im Moment kaum abschätzbar.

BANKEN-Union: Im Rekordtempo hat die EU als Reaktion auf die Finanzkrise eine Bankenunion aufgebaut, welche auf drei Säulen steht: ein Einheitlicher Aufsichtsmechanismus (operativ seit November 2014), ein Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (operativ 1.1.2016) und eine Einheitliche Einlagesicherung (beschlossen, aber erst 2024 voll operativ). Die Bankenunion trägt wesentlich dazu bei, dass in künftigen Banken Krisen europaweit gleichartige Regeln dafür sorgen, nicht den Steuerzahler zur Kasse zu bitten, sondern die allzu risikofreudigen Gläubiger und Einleger.

BILDUNGS- und WISSENSCHAFTS-Gemeinschaft: Zwar liegen Bildung und Wissenschaft nach wie vor in alleiniger nationaler Zuständigkeit. Mit „Bologna“ und „Erasmus“ in der universitären und „Kopenhagen“ in der beruflichen und lebenslangen Bildung ist die Zusammenarbeit und Harmonisierung von Regeln aber europaweit so weit fortgeschritten, dass in manchen Gebieten heute von einer EU-weiten Bildungs- und Wissenschaftsgemeinschaft gesprochen werden kann. Die Breite und Vernetzung der Fachkräftebasis und Innovationsfähigkeit ist heute zentral. Wer abseits steht, handelt sich rasch grosse Nachteile ein.

SOZIALSTRUKTURELLE Gemeinschaft: Die Beziehungen von Klassen, Familien, Geschlechtern, Altersgruppen etc. befinden sich europaweit in einem Homogenisierungsprozess, zu dem die Bildungsgemeinschaft ebenso beiträgt wie die Angleichung der Arbeitsmärkte. Zwar sind die Gesellschaften in sich pluralistisch weiter ausdifferenziert – aber in sehr ähnlicher Art vom Süden zum Norden und Westen zum Osten. EU-Recht trägt zur Herausbildung dieser sozialstrukturellen Gemeinschaft bei. Umso mehr stellt sich die Frage, wie der regional fortschreitenden Prekarisierung der Arbeit und dem sozialen Auseinanderdriften in Europa entgegengewirkt werden kann. Diese Verarmung steht in scharfem Gegensatz zu den sozialen Grundwerten in der Europäischen Sozialcharta und der EU-Grundrechtscharta.

KULTURELLE VIELFALT: Im Bereich der Kultur hat sich der Austausch – verstärkt durch die Bildungsgemeinschaft – intensiviert: Der Literaturaustausch ist Alltag, ebenso der Austausch bildender Kunst und Film, oft von der EU gefördert unter strikter Wahrung der kulturellen Vielfalt. Die lebensweltliche Kultur (Mode, Design, Freizeit, Habitus) gleicht sich

ihrerseits im Binnenmarkt europaweit an, andere kulturelle Differenzierungen nehmen eher wieder zu. So gewinnen sprachregionale Kulturräume wie der baskische, katalanische oder schottische an Aufmerksamkeit, meist verbunden mit proeuropäischen Erwartungen, weil die EU als Schützerin der kulturellen Vielfalt und Minderheitsrechte wahrgenommen wird. Die EU pflegt keine vereinheitlichende, gesamteuropäische Kulturpolitik. Sie fördert vielmehr die Vielsprachigkeit und den Reichtum der Kulturen. Bisher gibt es erst in Ansätzen eine gesamteuropäische Identität und politische Öffentlichkeit und kaum gesamteuropäische Medien.

Die EU ist in zentralen Gebieten unvollendet, was sie gefährdet

Die fortschreitende Vertiefung des Binnenmarktes brachte weniger Wachstum und Arbeitsplätze als erhofft (Bericht Monti). Die globale Krise 2008/09 hat in Europa tiefer als anderswo zugeschlagen. Erneut 25 Millionen Arbeitslose wie bereits Anfang der 1990er Jahre – davon 7,5 Millionen Menschen unter 25 Jahren – sind das sichtbarste Resultat davon. Trotz der Einsetzung einer Aussenbeauftragten ist die Aussenpolitik der EU in manchen Gebieten weiterhin durch widersprüchliches Handeln ihrer Mitgliedstaaten geprägt.

Nicht zuletzt als Resultat der Krise geht die Stärkung der gemeinsamen Steuerungs-Institutionen und -Instrumenten aber weiter: Bankenunion, vermehrte Eingriffe in die Steuerpolitik, das „Europäische Semester“ als Versuch der makroökonomischen Steuerung. Verstärkt wird ebenso die gemeinsame Bildungspolitik, die gemeinsame Sicherheitspolitik; vielleicht raft man sich auch zu einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik zusammen.

Dabei zeichnet sich eine doppelte Bewegung ab:

- Die neue Europäische Kommission betont mehr als jede andere das **Subsidiaritätsprinzip**. Was nicht zwingend auf europäischer Ebene geregelt werden soll, soll den Mitgliedstaaten oder noch besser der subnationalen Ebene überlassen bleiben. Das muss jetzt konsequent verwirklicht werden.
- Im Gegenzug hat sich die Diskussion intensiviert, der EU in bestimmten Bereichen zusätzliche Zuständigkeiten zu übertragen, weil die Erkenntnis reift, dass **wichtige Herausforderungen nur gemeinsam** zu bewältigen sind.

Auf dem Weg zur WÄHRUNGS-Gemeinschaft: Der Euro ist nach dem Dollar die zweitwichtigste weltweite Reservewährung. Für 19 von 28 EU-Mitgliedstaaten bildet der Euro die gemeinsame Währung. Dänemark, Schweden und bis vor kurzem die Schweiz haben ihre Währungen an den Euro gebunden, weitere sechs Staaten (Andorra, Monaco, San Marino, Vatikan, Montenegro und Kosovo) nutzen den Euro, ohne der Euro-Zone anzugehören. Dennoch ist die EU keine WÄHRUNGS-Gemeinschaft. Zentrale Institutionen der Euro-Zone beruhen nicht auf EU-Recht, sondern auf zwischenstaatlichen Verträgen. Dies untergräbt die demokratische Legitimation der gemeinsamen Währung und der Massnahmen zu ihrer Rettung. Das Europäische Parlament hat bei der Erarbeitung dieser zwischenstaatlichen Verträge nichts zu sagen. Allein nationale Parlamente haben über die Griechenland-Hilfe, den Aufkauf von Staatsanleihen gefährdeter Staaten, den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus, die Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität und den Europäischen Fiskalpakt entschieden. Allein nationale Regierungen und nationale Parlamente diktierten Griechenland und anderen Schuldnerstaaten die Euro-Regeln. Dies fügte der demokratischen Legitimität der Entscheide zur Euro-Rettung grossen Schaden zu. Die SP Europa fordert deshalb unmissverständlich institutionelle Reformen. Die Euro-Zone braucht eine eigene parlamentarische Ebene und weitere Institutionen zur Erhöhung der politischen Rechenschaftspflicht.

Auf dem Weg zur FISKAL-Union: Zwar hat die EU ihre Anstrengungen zur Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbes in den letzten erfreulich verstärkt. Die EU kann dabei aber fast nur mit Empfehlungen arbeiten, denn sie hat in der Steuerpolitik nur wenige Zu-

ständigkeiten. Die EU schöpft diese Zuständigkeiten erfreulicherweise zunehmend aus. Vor Jahren schon sagte sie mit dem automatischen Informationsaustausch der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung von natürlichen Personen den Kampf an. Mit dem Massnahmenpaket zur Bekämpfung von Steuervermeidung hat die Kommission kürzlich konkrete Instrumente zur Vermeidung von aggressiver Steuerplanung, zur Verbesserung der Transparenz und zur Schaffung gleicher Ausgangsbedingungen für alle Unternehmen in der EU vorgelegt. Die EU kann selber aber nahezu keine Steuern erheben und sich auch nicht verschulden. Die EU wird überwiegend durch Beiträge ihrer Mitgliedstaaten finanziert, was abhängig macht. Diese Beiträge sind äusserst bescheiden. Der EU-Haushalt beläuft sich auf weniger als 3 Prozent der europäischen Wirtschaftskraft. Dieses magersüchtige EU-Budget verhindert von vorneherein, dass die EU in den zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen steuernd eingreifen könnte. Die SP Europa fordert deshalb Schritte zur Einführung einer Fiskal-Union.

Auf dem Weg zur WIRTSCHAFTS-Gemeinschaft: Die EU bildet weltweit die einzige MARKT-Gemeinschaft, die nicht durch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik abgesichert wird. So kann die EU der Massenarbeitslosigkeit in Europa praktisch nichts entgegenstellen. Für eine wirksame Investitionspolitik fehlen ihr die Mittel. Der EU-Haushalt ist gemessen an der europäischen Volkswirtschaft verschwindend klein. Ebenso wenig kann die EU heute wirksam dem harten Standortwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten entgegentreten. Erlangen Mitgliedstaaten mit einer Lohnentwicklung tief unter der Produktivitätsentwicklung und tief unter dem EU-Durchschnitt eine unschlagbare internationale Wettbewerbsfähigkeit und drosseln ihre Binnennachfrage, so tragen sie dazu bei, dass andere EU-Mitgliedstaaten überbordende Zahlungsbilanzdefizite aufweisen und die Arbeitslosigkeit steigt. Die EU steht diesem zerstörerischen Spiel heute weitgehend machtlos gegenüber. Das muss sich ändern. Der Europäische Gewerkschaftsbund und die SP Europa fordern ein umfassendes [Programm für massive Investitionen zum ökosozialen Umbau, eine nachhaltige, ressourcenschonende Entwicklung](#) und [die Lancierung einer progressiven Wirtschaftspolitik durch die EU](#) im Dienste der Menschen. Bei Mitgliedstaaten, die nicht um notwendige Strukturreformen herumkommen, soll die EU Unterstützung bieten und über deren sozialverträgliche Ausgestaltung wachen. Zentral sind eine innovationsorientierte Industriepolitik zur Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftsräume und gezielte Massnahmen zum Schutz jener, die der globalisierte Wettbewerb an die Wand fährt.

Auf dem Weg zur SOZIAL-Union: Trotz Massenarbeitslosigkeit und höchster Bedeutung der Rentensysteme für die Menschen, für die Staatsverschuldung und für die Stabilität von Wirtschaft und Währung besitzt die EU auf dem Gebiet der sozialen Sicherung und Renten bisher kaum Kompetenzen. Allein indirekt kann die EU zur Flankierung der Personenfreizügigkeit gewisse Schnittstellen zwischen den höchst unterschiedlich aufgestellten Sozialsystemen ihrer Mitgliedstaaten regulieren. Zur Sicherung einer menschenwürdigen Lebensgrundlage bereitet der Europäische Gewerkschaftsbund eine europaweite Kampagne gegen Prekarisierung, für öffentliche Investitionen und für sozialpartnerschaftlich und gesetzlich vereinbarte [Mindestlöhne in ausreichender Höhe](#) vor. Für die SP Europa bildet die sofortige Einführung einer vergemeinschafteten [Erwerbslosen-Versicherung](#) den ersten Schritt hin zu einer SOZIAL-Union. Diese würde in Rezessionsphasen automatisch die Nachfrage ausweiten, was die Fähigkeit der Wirtschaft, negative Schocks abzufedern, ganz wesentlich erhöht.

Auf dem Weg zur MIGRATIONS-Union: Wir sind mit der grössten Flüchtlingskrise seit 1945 konfrontiert. Ein einzelner Staat in Europa kann diese Aufgabe allein auf sich gestellt nicht schultern. Das EU Recht sieht bisher jedoch nicht vor, diese Herausforderung solidarisch anzugehen. Europaweite Zusammenarbeit ist in Migrations- und Flüchtlingsfragen allein auf freiwilliger Grundlage möglich. Wenn sich einzelne EU-Mitgliedstaaten quer stellen, steht dahinter kein Versagen der EU. Vielmehr haben allein jene Mitgliedsstaaten versagt, die sich einer Abtretung von nationalstaatlichen Kompetenzen im Migrations- und Asylbereich an die

EU konsequent verweigern. Für die SP Europa ist deshalb klar: Es braucht in der Migrations- und Asylpolitik nicht weniger, sondern mehr und eine bessere EU. Andernfalls droht die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb der EU mit unabsehbaren Folgen für die Reisefreiheit, die Personenfreizügigkeit und den Binnenmarkt insgesamt.

Die EU ist auf manchen Gebieten fortschrittlicher als die Schweiz

Die SP Schweiz soll und will sich als progressive Kraft in die laufenden Debatten der progressiven Kräfte in Europa und namentlich der SP Europa einbringen. Bei allen Forderungen für mehr und ein besseres und sozialeres Europa dürfen wir freilich die bereits erreichten sozialen Errungenschaften der EU nicht kleinreden. Aus helvetischer Perspektive bleibt festzustellen, dass die EU in zahlreichen Gebieten fortschrittlichere Regelungen getroffen hat als die Schweiz. Neoliberal ist nicht die EU als Projekt, sondern die aktuelle Politik einer Mehrheit von Regierungen in EU-Mitgliedstaaten (und der Schweiz!). Die fortschrittlichen Regelungen der EU¹ müssen im Bewusstsein gehalten und weiterentwickelt werden:

- Die EU bietet insgesamt bedeutende Chancen und Möglichkeiten. Einzelne Staaten und Regionen in der EU stehen heute besser da als die Schweiz, die unter der Frankenstärke und der europapolitischen Blockade leidet. In den mit der Schweiz eng verflochtenen und gut vergleichbaren Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern ist die wirtschaftliche Dynamik heute besser, die Innovationskraft höher und die Energiewende weiter fortgeschritten als in der Schweiz. Deutschland stand Ende 2015 mit 4.5% Erwerbslosigkeit (gemäss ILO Definition) besser da als die Schweiz mit 4.7%.
- Der Schutz der Arbeitnehmenden geht in der EU weiter als in der Schweiz: kürzere Arbeitszeiten; besserer Kündigungsschutz; der Systemwettbewerb ist aufgrund der vermehrten Koordinierung und teilweise Harmonisierung des Arbeitsmarkt- und Sozialrechts in der EU geringer; die Arbeitsbedingungen und die Information darüber sind besser. Die Regelungen für Personen, die in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten, sind strenger als in der Schweiz und die EU gewährt den Arbeitnehmenden Mitwirkungsrechte in europaweit operierenden Firmen, nicht aber die Schweiz. Gleichzeitig ist klar: noch bleibt viel zu tun, um europaweit gute soziale Bedingungen zu schaffen.
- Die gleichstellungspolitischen Regelungen der EU sind deutlich umfassender und griffiger als jene der Schweiz. Beruf und Familie können besser vereinbart werden.
- Die EU gewährt allen EU-BürgerInnen die vollen kommunalen und unionsweiten Bürgerrechte einschliesslich aktives und passives Wahlrecht in kommunalen und europäischen Angelegenheiten, nicht aber die Schweiz.
- Der ökologische Umbau der Wirtschaft und des Klimaschutzes ist in der EU fortschrittlicher geregelt als in der Schweiz: die Ziele sind griffiger und das Massnahmenpaket zur Erreichung dieser Ziele weit konkreter und umfassender.
- Mit der neu geschaffenen Bankenunion und weiteren Beschlüssen ist die Finanzmarktaufsicht und europaweite Regulierung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs weit stringenter als in der Schweiz. Die Transparenzvorschriften sind umfassender und die Rechtssicherheit höher.
- Geldwäscherei und Marktmissbräuche wie Insidergeschäfte und Kursmanipulationen werden in der EU stärker bekämpft als in der Schweiz. Die Rechnungslegung ist transparenter und die Rechte der AktionärInnen, GläubigerInnen, Beschäftigten und Dritter werden wirksamer geschützt.

¹ Siehe für die Einzelheiten SP Schweiz, Neue Europa-Plattform, verabschiedet von der Delegiertenversammlung 2005 und 2006, <http://www.sp-ps.ch/de/themen/europa-und-aussenpolitik>

- Die EU gibt bei der Bekämpfung der individuellen Steuerhinterziehung und der Schliessung von Steuerschlupflöchern bei der Unternehmensbesteuerung ebenso den Takt an wie bei der Ahndung von Mehrwertsteuerbetrug. Die Schweiz setzt bei diesen Fragen nur um, wo die EU, OECD und USA allergrössten politischen Druck aufgebaut haben.
- Der Europäische Gerichtshof hat in drei wegweisenden Urteilen das Selbstbestimmungsrecht des Individuums über seine Daten massiv gestärkt. Nur die EU hat die Macht, mit ihrer Digitalen Agenda solche Entscheide gegenüber dem US-Geheimdienst und den US-Firmen durchzusetzen. Die Schweiz allein könnte das nicht. Ohnehin ist der Datenschutz in der Schweiz deutlich schwächer ausgestaltet als in der EU.
- Die EU fördert wirksam die Bildungs- und Forschungszusammenarbeit und kennt dabei keine schädlichen Unterbrüche und Unsicherheiten wie die Schweiz.
- Der Binnenmarkt beseitigt für technische Handelshemmnisse, was namentlich für exportorientierte KMU vorteilhaft ist und deren Chancen gegen die Multis erhöht.
- Das Wettbewerbsrecht ist in der EU deutlich griffiger als in der Schweiz, was den Kampf gegen Monopolrenten, Kartelle und andere Formen des Marktmachtmissbrauchs auf Kosten der Konsumenten und Konsumentinnen vereinfacht.
- Der KonsumentInnenschutz ist in der EU generell griffiger ausgestaltet als in der Schweiz.
- Die EU trägt mit ihrer Kohäsionspolitik mehr als die Schweiz zur Unterstützung und Förderung sozial, wirtschaftlich und regional schwacher Regionen bei.
- Nur die EU kann weltpolitisch etwas bewegen. Die Schweiz allein ist dafür zu schwach. Die Werte – zivile Konfliktlösung, Menschenrechte und Nachhaltigkeit – sind weitestgehend dieselben.

Die EU mitgestalten – ein Thema für die SP Schweiz?

Wir meinen ja – und zwar aus folgenden drei Gründen:

Wir dürfen und wollen nicht untätig bleiben, wenn die aktuelle Politik der überwiegend konservativ regierten EU-Mitgliedstaaten das EU-Projekt gefährdet und den Rückhalt in der Bevölkerung verliert. Die Antwort mancher EU-Mitgliedstaaten auf aktuelle grosse Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit, Eurokrise, Migration und politisch motivierte Gewalt vermag viele Menschen nicht zu überzeugen. Dies spielt europaweit dem falschen Versprechen des Souveränismus in die Hände, der zu Unrecht behauptet, allein der Rückzug in die nationalstaatliche Autonomie biete Schutz. Souveränistische Strömungen gibt es in ganz Europa und auch in der Schweiz. Sie stärken sich wechselseitig. Die Schweiz hat aber Besseres zu bieten, als mit problematischen Volksabstimmungen europaweit Rechtsextreme zu begeistern und den Rückzug in den Nationalstaat und den Zerfall des europäischen Integrationsprozesses zu befeuern.

Wir sind Teil der politischen europäischen Öffentlichkeit. 1.9 Millionen Menschen, also fast ein Viertel der Schweizer Wohnbevölkerung, weist eine EU-Staatsbürgerschaft auf und geniesst damit in der EU die vollen politischen Rechte. Wir können mit ihnen zusammen Kampagnen angehen, wie wir die EU mitgestalten wollen. Die EU-Bürger und -Bürgerinnen in der Schweiz können europäische Bürgerinitiativen unterzeichnen, das Europäische und heimische Parlament wählen usw. Die SP und namentlich SP MigrantInnen arbeiten mit ihnen und den Schweizer Sektionen der Schwesterparteien aus EU-Staaten zusammen. Das ist wichtig, weil auch die Entwicklungen und Debatten in Europa die Meinungsbildung in der Schweiz beeinflussen. Nationale Wahlen in der Schweiz sind inzwischen stärker durch europaweite Entwicklungen beeinflusst als durch innenpolitische Herausforderungen.

EU-Recht prägt die Schweiz. Deshalb wollen wir dieses mitgestalten. Die Schweiz ist stärker in die EU integriert als mancher EU-Mitgliedstaat. Viele politische Projekte und Ge-

setzungsprozesse in der Schweiz gehen auf Entwicklungen in der EU zurück oder sind durch diese zumindest stark beeinflusst. Der (schönfärberisch „autonom“ genannte) Nachvollzug von EU-Recht ist noch prägender geworden, seit die Weiterentwicklung der sektoriellen Verträge zwischen der Schweiz und der EU blockiert ist. Diese Blockade muss gelöst und die demokratische Mitsprache der Schweiz verbessert werden. Eine demokratische Mitentscheidung ist freilich nur mit einem Vollbeitritt möglich. Schon jetzt wollen und können wir aber unsere Stimme erheben, in die politischen Auseinandersetzungen für ein soziales Europa eingreifen und zur Weiterentwicklung einer gesamteuropäischen Identität beitragen.

Eine gesamteuropäische Identität weiterentwickeln – die SP Europa mit gemeinsamen Kampagnen für ein soziales Europa stärken

Die Forderung nach mehr und einer besseren, sozialen EU setzt vielfach eine Änderung des EU-Primärrechts voraus. Diese Hürde ist im heutigen politischen Klima sehr hoch. Auch unterhalb dieser Hürde sind weitgehende Reformen machbar. Umso mehr will die SP zu den entsprechenden gesamteuropäischen Debatten beitragen und sich an diesen beteiligen. Der für uns wichtigste Rahmen für diese Debatten bildet die SP Europa. Mit der Einigung auf einen einzigen Spitzenkandidaten und der Führung eines gemeinsamen Wahlkampfes hat die SP Europa 2014 wichtige Schritte eingeleitet, um zu einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit beizutragen.² An diesem Erfolg kann und soll angeknüpft werden. Mittel sind

- Die SP beantragt zusammen mit der SP Island die Vollmitgliedschaft in der SP Europa.
- Die SP tritt als Gastgeberin von Konferenzen der SP Europa auf. Die erste dieser Konferenzen findet am Samstag 21. Mai 2016 in Bern zum Thema „Für eine gesamteuropäische Migrationspolitik“ statt.
- Die SP wirkt in den thematischen Netzwerken der SP Europa (für Migration, für Finanz und Wirtschaft, für Demokratie und Gesellschaft, für Klima und Energie, für progressive Reformen, für Aussenpolitik, für Entwicklung, für Frieden und Sicherheit usw.) aktiv mit und verstärkt den Dialog mit der S&D-Fraktion im Europaparlament und verbreitert die laufende Zusammenarbeit mit der Stiftung für progressive europäische Studien FEPS.
- Die SP unterstützt gemeinsam mit den SP MigrantInnen Europäische Bürgerinitiativen (EBI) und sammelt für diese in der Schweiz Unterschriften.
 - Die höchst erfolgreiche EBI „Recht auf Wasser“, die europaweit 800 000 Unterschriften auf sich vereinigte und der Privatisierung des Wassers wirksam den Riegel schob, weist den Weg.
 - Aktuell ist die EBI "Fairer Transport in Europa – Gleichbehandlung aller Verkehrsbeschäftigten", die dem untragbaren Sozial- und Lohndumping in diesem Sektor ein Ende bereiten will.
 - Der Vorschlag der SP Schweiz an die SP Europa, eine EBI „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ zu lancieren, wird weiterverfolgt und vertieft.
- Die SP wirkt an der Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbundes für eine europäische Investitionsoffensive zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mit.

Kurz: Die SP darf und will nicht untätig bleiben, wenn die aktuelle Politik der überwiegend konservativ regierten EU-Mitgliedstaaten das EU-Projekt gefährdet und den Rückhalt in der Bevölkerung verliert. Die SP will und kann zusammen mit der SP Europa und allen weiteren progressiven Kräften zu einer europaweiten Öffentlichkeit und Mobilisierung für mehr und ein besseres, soziales Europa beitragen.

² SP Europa, Wahlmanifest 2014 ([download](#)) und Resolutionen vom Kongress 2015 zu [Demokratie](#), [Jobs](#), [globaler Agenda](#) und der [Road Map bis 2019](#).